

Die Preispolitik der Ernährungsämter.

Im deutschen Reichstag wurde Freitag die Kartoffelversorgung des Reiches verhandelt. Auch dort haben sie bei der Ausbringung der Kartoffeln für die Städte ihre Schwierigkeiten, auch dort wird die Zurückhaltung der Kartoffeln durch die Landwirte auf die zu geringe Höhe der Preise zurückgeführt und werden „Hochpreise“ gefordert. Es ist darum sehr beachtenswert, wie sich der Leiter des Kriegsernährungsamtes zu solchen Reizmitteln gestellt hat.

Um aber die Gefahr der Zurückhaltung, sagt Herr v. Batocki, ein für allemal zu beseitigen, erkläre ich ausdrücklich, daß, solange ich Präsident des Kriegsernährungsamtes sein werde, es unter keinen Umständen wieder passieren wird, daß Höchstpreise nachträglich erhöht werden. Ich würde eher zum äußersten Mittel schreiten, ehe ich mich entschließen würde, eine einmal vorgenommene Preisfestsetzung nachträglich zu erhöhen. (Lebhafter Beifall.) Wenn sich irgend jemand im Lande die Hoffnung machen sollte, daß er noch einmal durch Zurückhaltung mehr Geld verdienen wird, so kann sich seine Hoffnung nur darauf gründen, daß ich dann nicht mehr im Amte bin. (Hört! Hört!) Aber ich hoffe, daß sich auch mein Nachfolger unter allen Umständen auf meinen Standpunkt stellen und niemals einen festgesetzten Höchstpreis nachträglich erhöhen wird, sei es für Kartoffeln, sei es für irgend eine Ware. (Lebhafter, wiederholter Beifall.) Ich hoffe, daß durch diese Erklärung eine Quelle von Verger verstopft wird.

Diese feste Haltung sticht sehr vorteilhaft ab. Wie jede andere läßt sich auch eine staatliche Preispolitik machen, wenn jedermann von Anbeginn an überzeugt ist, daß die getroffene Verfügung unumstößlich bleibt. Sie kann praktisch unumstößlich nur dann bleiben, wenn der Festsetzung der wichtigsten Preise auch die Regelung in allen verwandten und Ersatzerzeugnissen nachfolgt, so daß nicht ein Preis durch den anderen (Zuckerrüben durch Futterrüben) aus den Angeln gehoben wird.

Aus diesem Grunde hat der Beirat unserer Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt bei der Erörterung des Wirtschaftsplanes der neuen Ernte den Aufbau aller Preise auf Grundlage des geltenden Getreidepreises verlangt. Bei diesem Anlaß wurde von den Vertretern des Verbrauches (Dr. Tausche, Dr. Renner und anderen) ein Antrag gestellt: Bei keinem der staatlich bewirtschafteten Artikel habe eine Erhöhung der einmal bestehenden Höchstpreise mehr einzutreten. Dieser Antrag, der der fortwährenden Preissteigerung einen Damm setzen sollte, wurde damals mit einer knappen Mehrheit der Agrarier abgelehnt.

Bei uns hat es eben an einer festen Ausrichtung der staatlichen Preispolitik im Sinne des Abbaues oder auch nur der Befestigung der Preise von jeher gefehlt!